





























Betreff: Ratifizierung des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen der EU und Westafrika

Präsidenten des Deutschen Bundestages Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert, MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin

Zur Kenntnis an die Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages Peter Hintze, MdB Johannes Singhammer, MdB Edelgard Bulmahn, MdB Ulla Schmidt, MdB Petra Pau, MdB Claudia Roth, MdB

Berlin, den 29.06.2015

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,

wir schreiben Ihnen, um unsere tiefe Besorgnis über den Versuch der Bundesregierung auszudrücken, die Ratifizierung des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens (WPA) zwischen der EU und der westafrikanischen Region (ECOWAS + Mauretanien) an sich zu ziehen und den Bundestag damit zu übergehen. Die Begründung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV), beim WPA handele es sich um ein "Verfahren technischer Art", halten wir nicht für stichhaltig.

Das WPA stellt ein neues, weitreichendes politisches und wirtschaftliches Regelwerk dar, das einen Paradigmenwechsel in den Beziehungen zwischen der EU und Westafrika bzw. den AKP-Staaten darstellt. Die Umstellung von einem System unilateraler Handelspräferenzen im Cotonou-Abkommen zu einem interregionalen Handelsabkommen, welches auch von den westafrikanischen Ländern die weitgehende Öffnung ihrer Märkte für EU-Exporte verlangt, wird weitreichende wirtschaftliche, soziale und entwicklungspolitische Auswirkungen haben. Nach Einschätzungen des namibischen Präsidenten hat seit dem Ende der Entkolonialisierung nichts die Beziehungen zwischen der EU und den ehemaligen Kolonien so sehr auf die Probe gestellt wie die WPA-Verhandlungen.¹

Aus unserer Sicht ist es unerlässlich, dass der Deutsche Bundestag sich mit diesen grundlegenden Veränderungen befasst und überprüft, ob sie mit den Zielen der globalen nachhaltigen Entwicklung und der Armutsbekämpfung kohärent sind.

Wir bitten Sie daher, das Recht des Parlaments zu verteidigen, das WPA zu debattieren und gegebenenfalls zu ratifizieren und der deutschen Bevölkerung durch die öffentlichen Debatten im Parlament die Möglichkeit zu geben, sich über diese tiefgreifenden Veränderungen zu informieren.

Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung. Über eine Möglichkeit zu einem persönlichen Gespräch würden wir uns sehr freuen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Cal-

Für die Unterzeichner: Jürgen Maier

Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung, Marienstr 19-20, 10117 Berlin,

Tel.: +49(0)30678177593, Email: chef@forumue.de

Oxfam Deutschland Forum Umwelt und Entwicklung Brot für die Welt Misereor

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.

Koordination Südliches Afrika

Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika

Power Shift

Philippinenbüro e.V. im Asienhaus

The African Network of Germany

Initiative Colibri

Forum Fairer Handel

Attac Deutschland

Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V.

¹ Rede des damaligen Handelsministers und aktuellen Präsidenten von Namibia Hage Geingob im Parlament in Windhoek am 19. Mai 2010: "Let's not use bully tactics or old colonial arrogance. Let's be partners who are equal in sovereignty".